Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ukrainekrieg: Wann zieht die Bundeswehr in Richtung Donbass?
2. Ukrainekrieg: Neue EU-Resolution bringt Europa an den Rand des dritten Weltkriegs
3. Europas Zivilbevölkerung wird kriegstüchtig gemacht
4. Bericht aus Brüssel
5. Regierung finanziert Ukraine-Zahlungen aus kriegsbedingt steigenden Steuereinnahmen
6. Krieg an sieben Fronten
7. Frankreich könnte die nächste Euro-Krise auslösen
8. Sparsame Verbraucher: Umsatz im Einzelhandel sinkt deutlich
9. Keine Steuer über Weihnachten?
10. Mieten steigen 2025 stärker
11. 20 Jahre Europäische Aktiengesellschaft in Deutschland: 5 von 6 großen SE vermeiden paritätische Mitbestimmung
12. Funksprüche legen Kommunikationspannen bei DHL-Absturz offen
13. »Propaganda? Ich kann nur empfehlen etwas zurückhaltender zu sein«
14. Wie Amazon mit Geschenken Kritik verhindert
15. Eine Hausärztin in Sorge: Wie Amazon & Co die ärztliche Versorgung verdrängen wollen
16. Bleiverschmutzung tötet jedes Jahr 1,5 Millionen Menschen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ukrainekrieg: Wann zieht die Bundeswehr in Richtung Donbass?**
   Europäische Truppen in der Ukraine könnten bald keine Fiktion mehr sein, sagt unser

Gastautor. Ein Essay.
Der Erste, der die Idee aufbrachte, war der französische Staatspräsident Emmanuel Macron – und das lange, bevor klar war, dass Donald Trump die US-Wahlen gewinnen würde. Bereits im März 2023 schlug er vor, nicht nur neue Waffen, sondern Bodentruppen in die Ukraine zu schicken. Die sollten im Hinterland ukrainische Fronttruppen entlasten, die ukrainische Armee vor Ort ausbilden, aber selbst nicht kämpfen.
Macron wurde dafür in Frankreich und im Ausland heftig kritisiert. Damals war niemand bereit, ihm zur Seite zu springen. Jetzt dagegen, so berichtet Le Monde unter Berufung auf vertrauliche Quellen, verhandelten Paris und London insgeheim über eine Koalition von Staaten, die Soldaten in die Ukraine entsenden könnten. Und der estnische Außenminister Margus Tsahkna schlug das inzwischen als europäische Reaktion für den Fall vor, dass sich die USA unter Trump aus Europa zurückziehen sollten.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin E.M.: *Bestehen unsere Regierungen mit Leuten ohne Gehirn und Verstand?*

dazu: **Selenskyj: Konflikt könnte enden, wenn unbesetzte Ukraine unter NATO-Schirm kommt**
Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat gesagt, die von ihm kontrollierten Teile der Ukraine „unter den Schirm der NATO“ zu nehmen, um die „heiße Phase“ des russisch-ukrainischen Konflikts zu beenden.
Quelle: CRI online

dazu auch: **“Alle sind nur erschöpft” Massen-Desertionen haben fatale Folgen für die Ukraine**
Es ist ein kritisches Problem für die ukrainische Armee: Nach fast drei Jahren Krieg sind große Teile der Truppen völlig ausgelaugt. Weil sie keine Hoffnung mehr haben, demobilisiert zu werden, ziehen sich viele Soldaten einfach zurück – teilweise inmitten von Gefechten.
Quelle: n-tv

und: **Raus aus der Eskalationsspirale! (I) – Ein Ende der Kampfhandlungen ist dringend notwendig – und reicht nicht aus**
Die Zeichen stehen auf Sturm. Aber selbst wenn Donald Trump, wie angekündigt, den Ukrainekrieg tatsächlich innerhalb kürzester Zeit noch stoppen sollte, blüht uns unter den gegebenen Bedingungen für die nächsten Jahrzehnte bestenfalls ein neuer Kalter

Krieg. Wirklich friedliche Zustände werden in Europa erst herrschen, wenn alle Akteure zu einer europäischen Sicherheitsordnung nach den Prinzipien der „Charta von Paris“ zurückfinden. (Ein Essay in zwei Folgen.)
Der Ukrainekrieg tritt jetzt in seine gefährlichste Phase. Wie Konfliktforscher und Diplomaten wissen: Die meisten Opfer – und nicht nur Soldaten, die sinnlos verheizt werden – fordern Kriege, wenn eine Seite sich definitiv an die Wand gedrängt fühlt. Dann droht sie unberechenbar zu werden. Und das ist fraglos bei der Ukraine nun der Fall.
Quelle: Leo Ensel in Globalbridge

2. **Ukrainekrieg: Neue EU-Resolution bringt Europa an den Rand des dritten Weltkriegs**
   Am Donnerstag verabschiedete das Europäische Parlament eine weitere Resolution mit dem martialisch anmutenden Titel „Verstärkung der unerschütterlichen Unterstützung der EU für die Ukraine gegen Russlands Angriffskrieg und die zunehmende militärische Zusammenarbeit zwischen Nordkorea und Russland“. Diese Resolution wurde mit einer Mehrheit aus Konservativen, Sozialisten, Liberalen und Grünen angenommen. Die darin enthaltenen Forderungen lassen selbst einem neutralen Beobachter das Blut in den Adern gefrieren.
   Quelle: Michael von der Schulenburg in Berliner Zeitung

   dazu: **EU-Parlament dreht durch!**
   Die Parlamentarier in Brüssel haben eine besinnungslose, kriegshetzerische Resolution zum Ukraine-Krieg verabschiedet. Wollen sie den Totalen Krieg gegen Russland und ganz Europa in Brand setzen? Fragt sich Michael von der Schulenburg.
   Quelle: Michael von der Schulenburg in EMMA

3. **Europas Zivilbevölkerung wird kriegstüchtig gemacht**
   Deutschland entwickelt eine App, die im Falle eines Angriffs den nächsten Bunker zeigt. Schweden verteilt eine Broschüre mit dem Titel „Wenn Krise oder Krieg kommt“, und in Finnland haben bereits eine halbe Million Menschen einen Notfall-Vorbereitungsleitfaden heruntergeladen.
   Verteidigungsminister Boris Pistorius betont immer wieder, dass die Bevölkerung kriegstüchtig gemacht werden müsse. Die Invasion Russlands in der Ukraine hat die Sicherheitslage in ganz Europa verschärft. Finnland und Schweden hatten sich daher 2022 entschieden, der Nato beizutreten. Es geht jedoch nicht nur um militärische Fähigkeiten, sondern auch um die Vorbereitung der Zivilbevölkerung.
   Quelle: Focus Online

Anmerkung Christian Reimann: *Selbst bei diesem Thema werden dem Digitaliserungswahn keine Grenzen gesetzt. Dabei ist der Wunsch, die kriegsunwillige Zivilbevölkerung „kriegstüchtig“ machen zu wollen an sich genug Wahnsinn. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Folgen des letzten Krieges nach annähernd 80 Jahren immer noch entschärft und beseitigt werden müssen – wie kürzlich in Osnabrück: Fünf Entschärfungen, zwei Sprengungen – Blindgänger unschädlich gemacht.*

4. **Bericht aus Brüssel**
   Mit 52 Prozent der abgegebenen Stimmen ist vonderLeyens Kommission am Mittwoch vom EU-Parlament »bestätigt« worden – das schlechteste Ergebnis seit ungefähr 300 Jahren. Unsere Prognose: Es wird auch die schlechteste Kommission der Geschichte sein. Mittelmäßige Kommissare und von ihrem Beraterstab geschickt zugeschnittene überlappende Kompetenzbereiche sorgen dafür, dass vonderLeyen noch weniger Widerstand begegnet als in der vergangenen Legislatur. Dabei ist sie eigentlich nicht die absolutistische Regentin, als die sie sich geriert, sondern eine »prima inter pares«, lediglich dafür bestellt, die Beschlüsse ihres komischen Kommissar-Kollegs nach außen zu vertreten.
   Zu verdanken ist diese degenerierte Fortschreibung des Status quo dem Geschick der konservativen Europäischen Volkspartei EVP, die mit Hinterzimmerdeals seit 25 Jahren in Brüssel regiert, der Lethargie & Selbstdemütigungsbereitschaft der Sozialdemokraten – und den Stimmen einer seltsamen Koalition eingefleischter ideologischer Feinde: der »rechtskonservativen« EKR-Fraktion und der »grünen« Grünen. Sie haben die fehlenden Stimmen geliefert – die EKR aus Überzeugung, die Grünen infolge eines Stimmenhandels um Exfraktionschef Philippe Lamberts, für den vonderLeyen eigens einen gutdotierten, mit Steuergeld bezahlten Beraterposten für Klimazeugs schuf. Die militärische Aufrüstung der EU (laut Lissabon-Vertrag verboten) und die – mit Kriegskommissar Kubilius & Außenbeauftragter Kallas – geradezu programmatische Feindseligkeit gegenüber Russland, China, Iran hat die Parlamentarier nicht gestört.
   Quelle: Martin Sonneborn in junge Welt
5. **Regierung finanziert Ukraine-Zahlungen aus kriegsbedingt steigenden Steuereinnahmen**
   Die Bundesregierung schöpft das Geld für ihre Zahlungen an die Ukraine aus kriegs- und sanktionsbedingt gestiegenen Steuereinnahmen sowie aus Kürzungen öffentlicher Ausgaben. Das hat eine aktuelle Multipolar-Analyse des Bundeshaushalts ergeben. Seit Februar 2022 hat die deutsche Bundesregierung laut eigener Auskunft Zahlungen in Höhe von mehr als 37 Milliarden Euro für die Ukraine getätigt. Über 23 Milliarden Euro davon wurden durch stark gestiegene Einkünfte des Bundes in den Jahren 2022

und 2023 finanziert.
Quelle: Multipolar

dazu: **Der Krieg ernährt den Krieg**
Deutschland hat der Ukraine im Zusammenhang mit dem Krieg bislang Leistungen im Wert von 37 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Doch woher kommt dieses Geld eigentlich? Multipolar hat den Bundeshaushalt analysiert. Fazit: Olaf Scholz hat gelogen. (…)
Was bleibt als Fazit? Die Mehrausgaben für die Flüchtlinge aus der Ukraine, wie auch die Kosten für die immens teuren Waffengeschenke an Kiew werden mit Steuern auf stark angestiegene Verbraucher- und Energiepreise, Kürzungen im Sozialbereich sowie als „Sondervermögen" kaschierten neuen Schulden finanziert. Sie sind sämtlich Folge einer verfehlten beziehungsweise fehlenden deutschen Diplomatie.
Quelle: Karsten Montag in Multipolar

6. **Krieg an sieben Fronten**
   Libanon: Auch am zweiten Tag der Waffenruhe schießt Israel
   Nicht einmal einen Tag hat die Waffenruhe zwischen Israel und Libanon gehalten: Nachdem die israelische Armee schon am Mittwoch mehrere »Zwischenfälle« im Südlibanon gemeldet hatte, bei denen die Armee Schüsse auf »verdächtige« Personen abgegeben hätten, ging es am Donnerstag auf gleiche Weise weiter. Verschiedene Medien berichteten übereinstimmend über zwei Verletzte durch israelischen Beschuss in der Ortschaft Markaba. Panzer hätten zudem die Dörfer Wasani, Kfar Schuba, Khijam, Taibe und die Gegend um Marjajoun beschossen. Die Ortschaften befinden sich im Südlibanon. Israel begründete sein Vorgehen damit, dass »Verdächtige« teils mit Fahrzeugen im Südlibanon angekommen seien und dies das Waffenstillstandsabkommen verletzt habe.
   Quelle: Karin Leukefeld in junge Welt
7. **Frankreich könnte die nächste Euro-Krise auslösen**
   Frankreich ist stark verschuldet, und das Sparprogramm der neuen Regierung dürfte es schwer haben in der Nationalversammlung. Es stellt sich die Frage, ob Frankreich überhaupt reformfähig ist.
   Die Diskussion über das verlorene Vertrauen der Kapitalmärkte in die französische Finanzstabilität dauert schon länger an. Die Ernennung von Michel Barnier zum Premierminister hatte zwar zunächst so etwas wie eine Stabilitätsphantasie beflügelt. In kürzester Zeit bastelte er ein Sanierungsbudget mit insgesamt 60 Milliarden Euro zusammen: zwei Drittel davon über Einsparungen, ein Drittel über Steuermehreinnahmen.

Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, dass die französische Nationalversammlung diesem Sparplan zustimmen wird. Die Allianz aus der Linken (der Sparen grundsätzlich verdächtig erscheint) und dem erstarkten Rechtsaussen-Lager, darunter die Le-Pen-Anhänger (deren Vaterlandsliebe beim Sparen aufhört), ist der entscheidende Machtfaktor in den künftigen Monaten.
Quelle: NZZ

Anmerkung Christian Reimann: *Es könnte also sein, dass der französische Staatspräsident Macron aus innenpolitischen Gründen recht aggressiv gegen Russland auftritt. Seine Minderheitsregierung ist erst wenige Monate im Amt.*

8. **Sparsame Verbraucher: Umsatz im Einzelhandel sinkt deutlich**
Der Konsum in Deutschland kommt nur schleppend in Schwung. Das spüren viele Geschäfte. Für das anstehende Weihnachtsgeschäft verheißt das nichts Gutes.
Die Kaufzurückhaltung vieler Verbraucher bremst den Einzelhandel vor Beginn des wichtigen Weihnachtsgeschäfts. Im Oktober sank der Umsatz gemessen am September sowohl nominal (-1,1 Prozent) als auch preisbereinigt (-1,5 Prozent). Damit setzte sich die Erholung aus den Vormonaten nicht fort.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Sparsamkeit muss man sich leisten können, soll heißen: viele Verbraucher haben gar nicht das Geld für zusätzliche Ausgaben. Ein anderes Motiv für Kaufzurückhaltung dürfte tatsächlich die große und wachsende Verunsicherung angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage und der hohen und weiter steigenden Arbeitslosigkeit sein. Das Handelsblatt sieht im "private[n] Konsum […] eine[…] der größten Hoffnungen für eine Erholung der kriselnden deutschen Wirtschaft", leugnet aber gleichzeitig, wie tief die Reallöhne gefallen sind; und "Experten" im Handelsblatt fordern an anderer Stelle mehrfach "für mehr Wettbewerbsfähigkeit" weitere Lohnkürzungen und weiteren Sozialabbau (niedrigere Renten, weitere Privatisierung der Kosten für die Gesundheitsversorgung). Ganz offenbar ist das Handelsblatt nicht in der Lage, zwischen sinkenden Löhnen und Sozialleistungen und sinkenden Einzelhandelsumsätzen eine Kausalverbindung zu ziehen. Wenn der Konsum (vernünftigerweise) die Wirtschaft ankurbeln soll, dann müssen doch die Löhne und Sozialleistungen steigen, auch und insbesondere zulasten der Unternehmensgewinne, und natürlich muss die private Altersvorsorge dringend zugunsten des Umlageverfahrens zurückgefahren werden. Stattdessen predigt das Handelsblatt weiter die neoliberalen Glaubenssätze, die unser Land seit Jahrzehnten ruinieren.*

9. **Keine Steuer über Weihnachten?**
   Um das Weihnachtsgeschäft anzukurbeln, streicht Kanada für zwei Monate die Mehrwertsteuer. Eine gute Idee?
   In Deutschland lahmt der Konsum, weil die Inflation die Kaufkraft angefressen hat. Die Krisenverluste sind noch immer nicht wettgemacht. Symbolisch dafür: Der Dekohändler Depot musste Insolvenz anmelden, Filialen schließen und Mitarbeiter entlassen, weil die Kosten gestiegen sind, aber die Deutschen noch immer 14 Prozent weniger für Einrichtung ausgeben als 2019. Nötig wäre längst ein Konjunkturpaket. Eine „Bazooka“ oder ein „Wumms“, wie auch immer der Kanzler es genannt hätte. Aber: Daraus wird jetzt nach dem Ampel-Aus natürlich nichts mehr.
   Es lohnt aber ein Blick nach Kanada.
   Quelle: Geld für die Welt
10. **Mieten steigen 2025 stärker**
    Mieterbund warnt vor Auslaufen der Mietpreisbremse. LEG und Vonovia erhöhen Wohnraumkosten
    Spätestens Ende 2025 läuft die Mietpreisbremse aus. In sieben Bundesländern sogar schon früher, als erstes in Berlin. Dort endet am 31. Mai die Regelung, die auf »angespannten Wohnungsmärkten« dafür sorgen soll, dass die Miete bei Abschluss eines neuen Mietvertrags »im Grundsatz« nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Ob sie verlängert wird, ist ungewiss.
    Der Deutsche Mieterbund (DMB) warnte am Donnerstag vor unkalkulierbaren Folgen bei einem Auslaufen der Mietpreisbremse.
    Quelle: junge Welt
11. **20 Jahre Europäische Aktiengesellschaft in Deutschland: 5 von 6 großen SE vermeiden paritätische Mitbestimmung**
    Seit 20 Jahren gibt es in Deutschland die Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft (SE). Ende Dezember 2004 trat das Gesetz in Kraft, das die entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht umsetzt. Von den heute gut 700 operativ tätigen SE in der EU sind mehr als 400 deutsche Unternehmen. Für das Arbeitnehmer*innenrecht auf Mitbestimmung ist die SE in Deutschland zu einem großen und ständig weiter wachsenden Problem geworden, zeigt eine neue Studie des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung*: Fünf von sechs (84 Prozent) der aktiven deutschen SE mit mehr als 2000 Beschäftigten im Inland haben keinen paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrat, wie ihn etwa gleich große Aktiengesellschaften (AG) nach deutschem Recht zwingend haben müssen.
    Quelle: Hans Böckler Stiftung
12. **Funksprüche legen Kommunikationspannen bei DHL-Absturz offen**

Bei der Ursachensuche für den Absturz der DHL-Frachtmaschine in Vilnius gibt es neue Erkenntnisse. Wie der “Spiegel” berichtet, deutet die Auswertung von Aufnahmen und Funksprüchen darauf hin, dass das Flugzeug als Folge von menschlichem Versagen und mangelhaftem Kommunikationsverhalten verunglückte. Das Magazin rekonstruierte, dass der Pilot im Landeanflug keine Rückmeldung vom Tower erhielt, als er – wie üblich – das Rufzeichen seines Flugzeugs durchgab. Erst nach dem zweiten Versuch kam demnach eine Antwort. Anschließend soll die diensthabende Fluglotsin Anweisungen gegeben haben, die die Crew nicht verstehen konnte. Auch hier bedurfte es eines zweiten Versuchs, um schließlich die Landeerlaubnis zu übermitteln.
Quelle: n-tv

dazu: **Experte vermutet: Zwei ganz banale Gründe führten maßgeblich zum DHL-Absturz**
Drei Tage nach dem Absturz eines DHL-Frachtflugzeugs in Vilnius verdichten sich die Hinweise, dass Kommunikationsfehler sowie nicht eingehaltene Sicherheitsstandards in der Endflugphase zu dem tödlichen Unglück führten. Das beträfe sowohl die deutschen Piloten als auch die litauische Tower-Besatzung, sagte Flugexperte Heinrich Großbongardt gegenüber FOCUS online.
Quelle: Focus Online

dazu auch: **Angriff auf die Lebensadern**
Versorgungswege und Energieanlagen in Deutschland werden immer häufiger zum Ziel hybrider Kriegsführung. Was tut die Politik, um uns zu schützen?
Als am frühen Montagmorgen eine DHL-Maschine, gestartet in Leipzig, einen Kilometer vor dem Flughafen im litauischen Vilnius aufschlägt und in Flammen aufgeht, schrillen in den deutschen Sicherheitsbehörden die Alarmglocken. Verbündete Geheimdienste werden kontaktiert, Ermittler nach Litauen geschickt. Denn sofort werden Erinnerungen wach, an den Juli dieses ¬Jahres.
Damals war am Flughafen Leipzig in einem DHL-Paket ein Brandsatz explodiert, kurz vor der Verladung. Die Bundesanwaltschaft ermittelt, deutsche Sicherheitsbehörden machen Russland verantwortlich. Denn auch in Polen und England tauchten Brandsätze in Paketen auf. Anfang November kam es zu Festnahmen von Verdächtigen in Litauen. Hätte der Brandsatz im Flugzeug gezündet, hätte es eine Katastrophe gegeben, erklärte der damalige Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang. „Die Trümmer hätten hier in Deutschland auch all die Menschen treffen können, die mit Putin und seinem Regime sympathisieren.“
Quelle: taz

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die taz dreht völlig durch. Ja, Russland mag bei "20 Sicherheitsvorfällen allein in Deutschland […] als Verursacher im Verdacht steh[en]", aber ein Verdacht ist keine Beweisführung. Genauso gut könnte die taz als früher mal linksradikales Blatt für alle "20 Sicherheitsvorfälle" im Verdacht stehen. Dann wird am Artikelanfang der Absturz der DHL-Maschine in Vilnius als Sabotageakt der Russen einsortiert, um dann ein paar Zeilen später zuzugeben: "Was zum Absturz der Frachtmaschine in Vilnius führte, ist derzeit unklar. Konkrete Hinweise auf einen russischen Sabotageakt haben die Ermittler bisher nicht. Wahrscheinlich seien ein technischer Defekt oder menschliches Versagen" – mit anderen Worten, der russische Sabotageakt ist zwar denkbar, aber unwahrscheinlich. Der einzige Fall, der ganz sicher unter Sabotage und/oder Terrorismus einzuordnen ist, ist die im Artikel erwähnte Sprengung der Nord Stream-Pipelines, aber hier stehen die Ukraine und die USA und andere westliche Staaten unter Verdacht und gerade nicht Russland. Thema verfehlt, bzw. gerade an dieser entscheidenden Stelle versagt der Aufklärungswillen des Staates völlig, und die Sprengung der Pipelines hat die taz sogar gelegentlich begrüßt. Die kritische Infrastruktur scheint doch nicht so wichtig zu sein, je nachdem.*

13. **»Propaganda? Ich kann nur empfehlen etwas zurückhaltender zu sein«**
    Zwei russischen Journalisten werden aus Deutschland verwiesen. Das Außenamt sagt, es habe nichts damit zu tun – und es sei auch keine Retourkutsche für die aus Russland verwiesenen ARD-Korrespondenten. Was ist wirklich geschehen?
    Um sich ein Bild über die wahren Abläufe machen zu können, ist es notwendig beide Seiten zu hören: Die Sicht der russischen Journalisten findet allerdings in der deutschen Presselandschaft keine Dokumentation.
    Roberto De Lapuente hat mit Ivan Blagoy gesprochen – einem der ausgewiesenen Journalisten.
    Quelle: Overton Magazin
14. **Wie Amazon mit Geschenken Kritik verhindert**
    Amazon greift tief in die Tasche, um seine Kritiker:innen zu besänftigen. Zusätzlich zu klassischer Lobbyarbeit setzt der Konzern dabei auf Geschenke und Sponsoring.
    An der Skaterbahn in Rheinberg am Niederrhein stehen seit Kurzem ein Kirschbaum und eine Bank. Beides wurde von Amazon gesponsert. Der Bürgermeister von Rheinberg war von dieser „vorbildlichen Aktion" begeistert. Er bedankte sich für den „wertvollen ökologischen und sozialen Beitrag", wie die Lokalzeitung berichtete.
    Für Amazon kam dieser positive Bericht gelegen. Der Konzern steht wegen Steuervermeidung, schlechter Arbeitsbedingungen und der Vernichtung von Rücksendungen unter Druck. Auch die Abhängigkeiten im Cloud-Bereich und die Monopolstellung im Onlinehandel sorgen für Kritik. Um seine Kritiker:innen zu

besänftigen und einen drohenden Imageverlust zu vermeiden, betont Amazon gerne sein „soziales Engagement“: Katastrophenhilfe, Unterstützung von Tafeln und die Förderung von Bildung.
Quelle: LobbyControl

15. **Eine Hausärztin in Sorge: Wie Amazon & Co die ärztliche Versorgung verdrängen wollen**
Die Zeiten ändern sich und wir ändern uns mit ihnen. Das mag für viele Ereignisse des Lebens zutreffen. Aber wenn Geschehnisse passieren, die Selbstverständlichkeiten vom Fuß auf den Kopf stellen und schwerwiegende existentielle Bedrohungen mit sich bringen, darf man sie nicht schweigend und duldend zur Kenntnis nehmen. Es ist der Zeitpunkt gekommen, sich ihnen zu stellen. Ich spreche von den Veränderungen im deutschen Gesundheitswesen.
Schon 2022 stellte der Präsident der Bundesärztekammer, Herr Dr. Reinhardt fest: „Unser Gesundheitswesen gerät immer mehr in eine Schieflage. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Kommerzialisierung der Medizin, die von der Politik seit Jahrzehnten vorangetrieben wird“.
Quelle: Vittoria Braun in gewerkschaftsforum.de
16. **Bleiverschmutzung tötet jedes Jahr 1,5 Millionen Menschen**
Blei in Wasser, Boden und Luft bedroht weltweit Millionen Menschen und schadet ihrer Gesundheit – vor allem Kinder sind betroffen.
Blei ist eine der ältesten Umweltchemikalien. Um das Jahr 100 war im Trinkwasser Roms rund 40 mal so viel Blei wie in Quellwasser. Das Schwermetall stammte aus bleihaltigen Wasserleitungen.
Später sanken die Bleiwerte, doch im frühen Mittelalter stiegen sie auf den 100-fachen Wert des natürlichen Wassers in der Umgebung an.
Heute ist das Leitungswasser in Italien kaum noch mit Blei belastet. Inzwischen hat die Menschheit dem Wasser aber eine Vielzahl anderer giftiger Chemikalien hinzugefügt. Und es gibt noch immer zahlreiche Länder, in denen das Schwermetall ein erhebliches Gesundheitsrisiko darstellt. Trotz «Newcomern» wie PCB und PFAS ist Blei eines der schädlichsten Gifte weltweit.
Quelle: Infosperber